



Hamburgs Grüne wollen die innere Sicherheit auf links drehen

Polizei soll keine Versammlungsbehörde mehr sein – Verstoß gegen das Vermummungsverbot, Schwarzfahren und Containern nur noch Ordnungswidrigkeit – Cannabis-Eigenbedarf entkriminalisieren und legale Abgabe an Erwachsene

Ende September haben Bündnis 90/Die Grünen ihr „Regierungsprogramm“ 2020 für die Bürgerschaftswahl im Februar des kommenden Jahres beschlossen. Neben den erwartbaren ökologischen Themen wie Klimaschutz und Verkehrswende – hier soll unter anderem die Stadtbahn „reanimiert“ werden – wollen Hamburgs Grüne innen- und sicherheitspolitisch bei ihren Wählern punkten. Nachdem es den Grünen gelungen ist, ihren Koalitionspartner SPD von der „Notwendigkeit“ der Kennzeichnungspflicht von Polizeibeamten zu überzeugen, soll jetzt das Strafrecht „entschlackt“ werden, so Landesvorsitzende Anna Gallina gegenüber den Medien. Schwarzfahren, das sogenannte Containern und die Vermummung auf Demonstrationen sollen nach dem Willen

der Grünen künftig entkriminalisiert werden. Die Frage, warum Menschen „glauben“, sich in Deutschland bei einer Demonstration überhaupt vermummen zu „müssen“, wird von den Grünen nicht beantwortet. Nach dem G20-Gipfel haben sich Hamburgs Grüne sicherheitspolitisch kurzfristig zurückgehalten. Zu groß war der Schock, als genau das eintrat, was die **DPoIG** weit im Vorfeld des G20 befürchtete – massive Gewaltexzesse, Sachbeschädigungen, Brandstiftungen und Plünderungen durch in der Mehrheit linksextrémistisch motivierte Gewalttäter. In Richtung unseres Landesvorsitzenden Joachim Lenders hieß es unter anderem von einer sich ereifernden Antje Möller, Bürgerschaftsvizepräsidentin und innenpolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion: „Sie reden ein Szenario herbei, das keiner will und keiner erwartet. Wer drei Monate vor dem G20-Gipfel vom ‚brennenden Hamburg‘ schwadroniere (...), handele verantwortungslos.“ So kam es dann aber, und die Bilder aus dem Juli 2017 haben alle Hamburger und insbesondere unsere Kolleginnen und Kollegen noch im Kopf.

Für die Senatskoalition ist der G20-Gipfel politischer Schnee von gestern – Konsequenzen Fehlanzeige. Vollmundige Ankündigungen in Richtung „Flora“ blieben hohle Phrasen!

■ Vermummung soll entkriminalisiert werden

Die **DPoIG Hamburg** lehnt eine Lockerung des Vermummungsverbots ab! Dazu Landesvorsitzender Joachim Lenders: „Viel dümmlicher kann man ehrlich gesagt nicht vorgehen. Wer vermummt zu einer Demonstration geht, führt nichts Gutes im Schilde. Mit der Anzahl der Vermummten auf einer Demonstration steigt die Bereitschaft zur Gewalt. Was zunächst für einige wie eine Vereinfachung bei der Verfolgung solcher Taten klingen mag, hat einen schwerwiegenden Haken. Innerhalb kürzester Zeit wäre die Frage auf dem Tisch, ob es beispielsweise verhältnismäßig wäre, eine Demonstration zur Verfolgung einer Ordnungswidrigkeit aufzustoppen.“ Die **DPoIG** bewertet das Vorhaben der Grünen geradezu als Einladung für Gewalttäter und Kra-wallmacher.

Gerade das konsequente Vorgehen gegen Straftaten bei Demonstrationen



> Joachim Lenders: „Wir lehnen eine Lockerung des Vermummungsverbots ab.“

habe Hamburg in der Vergangenheit vor viel Schaden bewahrt. „Das würden zwar angesichts der Ausschreitungen um den G20-Gipfel einige Leute bezweifeln. Das war aber eine Ausnahmesituation, bei der von Anfang an von aus ganz Europa angereisten gewaltbereiten Teilnehmern die Auseinandersetzung gesucht wurde“, so Joachim Lenders weiter. Argumente, dass man nur vermummt an einer Demonstration teilnehmen könne, da Teilnehmer sonst Repressionen befürchten müssen sind einfach lächerlich. „Wir haben in Hamburg im Jahr rund 2.000 angemeldete Demonstrationen. Nur bei einer Handvoll spielen polizeiliche Auflagen eine Rolle. Die Polizei habe in manchen Jahren gar keine Auflagen bei Demonstrationen angeordnet, in anderen Jahren bis zu siebenmal und das hauptsächlich bei Demonstrationen, die vom rechten Spektrum angemeldet wurden, führte Joachim Lenders gegenüber dem „Hamburger Abendblatt“ aus. Für das gleichfalls von den Grünen geforderte Ausgliedern der Versammlungsbehörde aus der Polizei gibt es nur einen einzigen Grund – politisches Kalkül!

Der Landesvorstand

Impressum:

Redaktion:
Frank Riebow (v. i. S. d. P.)
Erdkampsweg 26
22335 Hamburg
Tel. (0 40) 48 28 00
Fax (0 40) 25 40 26 10
Mobil (0175) 3 64 42 84
E-Mail: FRHamburg@gmx.de
Landesgeschäftsstelle:
Holzdamm 18, 20099 Hamburg
Tel. (0 40) 25 40 26-0
Fax (0 40) 25 40 26 10
E-Mail: dpolg@dpolg-hh.de
Geschäftszeit: Montag bis
Donnerstag, 9.00 bis 17.00 Uhr,
Freitag, 9.00 bis 15.00 Uhr
Fotos: Stefan Diestel, Frank
Riebow, Friedhelm Windmüller,
DPoIG Hamburg
ISSN 0723-2230



© DPoIG Hamburg



Vorgestellt: Juliette Meyer, JUNGE POLIZEI

Juliette Meyer, die viele nur als Juli kennen, wird 1993 in Stade geboren und wächst dann in der beschaulichen Hansestadt Buxtehude auf. Schon im frühen Kindesalter weiß sie, dass sie Polizistin werden möchte und bewirbt sich mit 15 Jahren das erste Mal in ihrem Heimatbundesland bei der Polizei. Als dieser Versuch missglückt, hängt sie das Abitur an ihre Schullaufbahn und begeistert sich für die Großstadtpolizei Hamburg, nicht zuletzt wegen der attraktiven Nähe zu ihrer Heimatstadt. Nach der Ausbildung im mittleren Dienst und einem kurzen Abstecher in die Bereitschaftspolizei (ehemals DE 2) absolviert sie den Laufbahnabschnitt II. Im letzten Jahr hat die 26-jährige Kommissarin am PK 16 gearbeitet



und ist kürzlich zum PK 15 an den Kiez gewechselt. „Mich begeistert das schnelle Arbeiten, der starke Zusammenhalt und die erlebnisreichen Nächte an der Davidwache.“ Bereits in ihrem Studium engagiert sie sich hochschulpolitisch und wirkt

an der Gründung und der Entstehung des Fachschaftsrates mit. Beim OSZE-Einsatz 2016 war sie aktiv innerhalb der DPoIG-Einsatzbetreuung unterwegs und hatte so die Möglichkeit, einen ersten Einblick in die Gewerkschaftsarbeit zu be-

kommen. Juli entschied, sich mehr einzubringen und zu engagieren, um unter anderem auf Probleme aufmerksam zu machen und mitzuhelfen, Rahmenbedingungen zu schaffen, die für eine moderne Großstadtpolizei unabdingbar sind. „Ich halte es für sinnvoll und wichtig, Missstände nachhaltig und flächendeckend zu verbessern und Brände nicht nur kurzzeitig zu löschen“, so Juli gegenüber dem POLIZEISPIEGEL. Seit der letzten Personalratswahl nimmt sie als Ersatzmitglied regelmäßig an den Sitzungen des Personalrates teil und betrachtet es als Gewinn, einen erweiterten Einblick in die Organisationsbereiche und internen Abläufe der Polizei Hamburg zu bekommen. ■

Wo „tanke“ ich mein privates E-Auto?

Von Frank Riebow, Landesredakteur

Im Zuge der Diskussion um Klimaschutz und emissionsfreier beziehungsweise emissionsarmer Mobilität, überlegen auch Kolleginnen und Kollegen der Polizei Hamburg, ihren Privat-Pkw mit Verbrennungsmotor gegen ein E-Fahrzeug oder Hybridelektrofahrzeug auszutauschen. Denn Bus und Bahn sind im ländlichen Raum für viele Menschen keine Alternative, da geht es unseren Kollegen nicht anders, als den übrigen Pendlern. Wer sich dann mit einem E-Fahrzeug auf den Weg macht, muss auch mal „tanken“. Geht das bei Behörden, Ämtern, Landesbetrieben und innerhalb der sonstigen Liegenschaften des öffentlichen Dienstes? An vielen bayerischen Dienststellen kein Pro-

blem! Im Freistaat Bayern gibt es mittlerweile 150 Stromtankstellen mit einer unterschiedlichen Anzahl von Ladepunkten. An diesen Ladestationen können alle Landesbeschäftigten ihre privaten E-Fahrzeuge kostenfrei aufladen. Einzige Voraussetzung ist, dass sich die Ladestation an der Beschäftigungsdienststelle befinden muss. An weiteren etwa 50 bayerischen Standorten ist die Errichtung von Ladepunkten geplant. Die für die Beschäftigten kostenfreie Stromentnahme wurde im bayerischen Haushaltsgesetz festgeschrieben. Dort heißt es unter anderem: „Angehörige des öffentlichen Dienstes dürfen ihre privaten Elektrofahrzeuge oder Hybridelektrofahrzeuge an La-

devorrichtungen ihrer unmittelbaren Beschäftigungsdienststelle ohne Kostenerstattung elektrisch aufladen, soweit dienstliche Belange dem nicht entgegenstehen.“ Wie sieht es nun in Hamburg aus? Eher bescheiden!

An jeweils zwei Standorten, bei der Behörde für Stadtentwicklung und der Umweltbehörde gegen Entgelt und kostenfrei beim Bezirksamt Hamburg-Mitte, können die dortigen Beschäftigten Strom für ihre privaten Fahrzeuge

„tanken“. Ein anderes Bundesland zeigt Hamburg wieder einmal wie es geht! Wenn es im Interesse der Politik liegt, dass Menschen mobil bleiben, sich aber zugleich klimaneutral verhalten sollen, dann ist die entsprechende Infrastruktur notwendig und die Schaffung von Anreizen ein zusätzlicher Motivationsfaktor. In Bayern ist man da offensichtlich auf einem guten Weg! ■





Fußball: Die Arbeitsbelastung der Polizei ist weiter gestiegen

In der Fußballsaison 2018/2019 hat es weniger Verletzte und weniger Strafverfahren gegeben als in der Vorsaison. Nach Auswertung der Zentralen Informationsstelle Sporteinsätze (ZIS) sank die Zahl der bei gewalttätigen Auseinandersetzungen verletzten Personen von 1.213 auf 1.127. Auch die Anzahl der eingeleiteten Strafverfahren ging zurück. Wurden in der Saison 2017/2018 noch 6.921 Strafanzeigen geschrieben, belief sich die Anzahl in der Folgesaison auf 6.289. Die kurzfristige Entwicklung bedeutet keine Entwarnung in Sachen Fußball und Gewalt, da sich die Zahlen seit Jahren mit Schwankungen auf hohem Niveau bewegen. Mehr als ein Viertel der eingeleiteten Strafverfahren resultierte aus Körperverletzungen. Das zeigt, dass die körperliche Auseinandersetzung mit Gleichgesinnten aber auch mit der Polizei für die gewaltbereite Szene weiter eine große Rolle spielt. Bei den Auseinandersetzungen werden immer wieder auch Unbeteiligte verletzt. Obwohl die Verletztenzahlen insgesamt rückläufig sind, ist die Anzahl Verletzter durch den Einsatz von Pyrotechnik stark gestiegen. Waren es in der vorhergehenden Saison nur 53 Personen, die durch Pyrotechnik verletzt wurden, sind es 152 Personen in der Saison 2018/2019. Die Arbeitsbelastung der Polizei ist in der Saison 2018/19 weiter gestiegen. 2,2 Millionen Arbeitsstunden leisteten die Polizistinnen und Polizisten, um bei Fußballspielen vor Ort für Sicherheit zu sorgen. Das ist ein Anstieg um mehr als vier Prozent. Rechnerisch sind damit fast 1.700 Polizisten ganzjährig für den Fußball im Einsatz.

Quelle: „ZIS-Jahresbericht 2018/2019“, Pressemitteilung (Auszug) vom 16. Oktober 2019

DPoIG: HSV und FC St. Pauli in die Pflicht nehmen

Innensenator Andy Grote (SPD) hat sich hinsichtlich der Kostenbeteiligung von Fußballvereinen für Polizeieinsätze bei sogenannten Hochrisikospiele festgelegt: „Es ist schwer zu begründen, warum wir das nicht machen sollen, wenn man die Begründung des Urteils durchliest“, sagte Grote gegenüber dem „Hamburger Abendblatt“. Er unterstützt mit seiner Aussage den rheinland-pfälzischen Innenminister Roger Lewentz (SPD) und den bremischen Innensenator Ulrich Mäurer (SPD). Beide haben vereinbart, eine Muster-Gebührenordnung für Polizeieinsätze bei Risikospiele im Fußball zu erarbeiten und sie der Innenministerkonferenz Anfang Dezember in Lübeck als Diskussionsgrundlage vorzulegen. Damit haben Bremen und Rheinland-Pfalz den Druck auf die Deutsche Fußball-Liga (DFL) erhöht, denn bislang hat nur Bremen Rechnungen im Zusammenhang mit Polizeieinsätzen bei SV-Werder-Spielen ausgestellt. In der kommenden Saison könnte auch Hamburg Mehrkosten bei personalintensiven Risikospiele abrechnen. Innensenator Grote will nun selbst auf die beiden Hamburger Vereine, HSV und FC St. Pauli, zugehen, um eine mögliche

gemeinsame Lösung zu erarbeiten. HSV-Chef Bernd Hoffmann befürwortet eine verbindliche einheitliche Lösung für alle Vereine. Oke Göttlich, Präsident des FC St. Pauli, favorisiert das sogenannte Modell Stadionallianzen aus Baden-Württemberg. Hier geht es unter anderem um eine grundsätzlich geringere Anzahl an Polizisten bei Fußballspielen. Die **DPoIG Hamburg** begrüßt die Absicht des Innensena-tors, die Hamburger Vereine HSV und FC St. Pauli an den Kosten für Polizeieinsätze zu beteiligen. Zugleich unterstützt die **DPoIG** das Vorhaben von Innenminister Lewentz und Innensenator Mäurer, eine bundeseinheitliche Regelung zu schaffen. Dazu Landesvorsitzender Joachim Lenders: „Eine finanzielle Beteiligung der Vereine ist unabdingbar. Bei Risikospiele werden mehrere Hundertschaften eingesetzt, die erhebliche, von der Allgemeinheit getragene Kosten verursachen. Der Steuerzahler sollte nicht darunter leiden. Die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts hat der Politik die Möglichkeit eröffnet, den Vereinen Mehrkosten in Rechnung zu stellen. Jetzt sind die federführenden Innenressorts der Länder am

Zug, um tragfähige Regelungen zu entwickeln. Der Lewentz/Mäurer-Vorschlag ist dafür eine sehr gute Arbeitsgrundlage.“ Zum Vorschlag des FC-St. Pauli Präsidenten Göttlich, einer Personalreduzierung der Polizei bei Fußballspielen, stellt Joachim Lenders klar: „Polizeieinsätze in dieser Größenordnung sind schlicht notwendig, um gewalttätige Ausschreitungen zu verhindern. Dass für ein Stadtderby dann mehr als 1.000 Polizistinnen und Polizisten für Sicherheit sorgen müssen, zeigt die Brisanz von Risikospiele und das damit verbundene Gewaltpotenzial sogenannter Fans.“ Wie geht es weiter? Bevor sich im Dezember die Innenministerkonferenz mit der Kostenbeteiligung der Fußballvereine befasst, kommen am 20. November DFB, DFL und Vereinsvertreter in Düsseldorf zusammen, um über ein gerechtes Konzept zu beraten. Wir werden weiter berichten!

Der Landesvorstand



© Frank Riebow (2)



© Frank Riebow (6)



DPoIG: „Herzlich willkommen bei der Hamburger Polizei!“

„Meet and Greet – Deine Polizei, Deine Gewerkschaft“ – unter diesem Motto hat die JUNGE POLIZEI der **DPoIG Hamburg** Anfang Oktober alle neu eingestellten Kolleginnen und Kollegen des Laufbahnabschnitts II zu einem ersten Kennenlernen eingeladen. Neben belegten Brötchen und Softdrinks standen Gespräche zu ganz unterschiedlichen Themen im Fokus. Denn für unsere neu eingestellten Kolleginnen und Kollegen ist wirklich alles neu und nichts selbstverständlich. Wie

verläuft das Studium? Wann geht's ins Praktikum? Welche Bücher brauche ich wirklich? Wie versichere ich mich richtig? Was genau macht die **Deutsche Polizeigewerkschaft**? Wann und wozu brauche ich Rechtsschutz und vieles mehr. Die JUNGE POLIZEI und unsere Kooperationspartner BBBank, Depeka, DBV und HUK hatten Infotische aufgebaut, die sowohl die unterschiedlichen Facetten der Gewerkschaftsarbeit präsentierte als auch

Versicherungsfragen beantworteten. Insgesamt 112 Polizeikommissarsanwärterinnen und -anwärter (SCH/WSP) beziehungsweise Kriminalkommissarsanwärterinnen und -anwärter (K) starteten am 1. Oktober ihre Ausbildung an der Akademie der Polizei. Für die JUNGE POLIZEI bedanken sich Liv Grolik, Stefan Bereuter

und Timo Ehm beim Landesvorstand, allen Fachbereichen der **DPoIG Hamburg** und unseren großartigen Kooperationspartnern für die wie immer tolle Unterstützung unseres „Meet and Greet“ und unabhängigen Versicherungstages!

JUNGE POLIZEI





Außenstelle Alster: Jetzt wird saniert

Von Frank Riebow, Vorsitzender Fachbereich Wasserschutzpolizei



© Frank Riebow

> Außenstelle Alster: Baujahr 1947 – der Zahn der Zeit hat seine Spuren am und im Gebäude hinterlassen – aber jetzt wird saniert!

„In die Jahre gekommen – Außenstelle Alster“, so titelte der POLIZEISPIEGEL im Mai dieses Jahres und weiter hieß es: „Allerdings lässt der bauliche Zustand des Gebäudes zu wünschen übrig. Kein Wunder, das Dienstgebäude stammt aus

dem Jahr 1947, ist also 72 Jahre alt und man merkt es der Dienststelle an. Aktuell gibt es dringenden Sanierungsbedarf hinsichtlich des Daches (Erneuerung) und über den Schornstein dringt Feuchtigkeit nach innen. Das Balkongeländer hat

der Rost ‚gefressen‘ und im Dachraum – dessen ‚sportlicher‘ Zugang im Übrigen nicht den Anforderungen des Arbeitsschutzes entspricht – muss es nach der Sanierung neue Schränke oder anderweitige Stauräume geben. Dazu

kommt ein kompletter Innenanstrich und im Außenbereich muss unter anderem die Umgrenzungsmauer neu verfugt und gesichert werden.“ Plötzlich ging alles relativ schnell – Anfang September wurde das Dienstgebäude komplett eingerüstet und wirkte aus der Ferne wie ein von Christo persönlich verhülltes Kunstprojekt. Die dringend notwendigen Sanierungsarbeiten und die teilweise Umgestaltung des Wach- und Bereitschaftsraumes finden jetzt statt und die Finanzierung ist gesichert. Nach langen Planungen, Begehungen und Besprechungen wird jetzt angepackt. Die Arbeitsbedingungen für unsere Kolleginnen und Kollegen werden sich spürbar verbessern und das Dienstgebäude wird aufgewertet. Dafür bedanken wir uns bei allen beteiligten Kollegen und Dienststellen. ■

Aus dem Personalrat

Unterbringung WSP 522: Lösung in Sicht?

Die Sachbearbeiter Gefahrgutüberwachung der Wasserschutzpolizei (ehemals treffen derweise Hafensicherheitsbeamte genannt) suchen ein „Zuhause“ – und dies jetzt seit Jahren. Zur Erinnerung: Im Zuge des Projekts „Organisationsanpassungen in der WSP Hamburg“ (PrOWSP) wurde von der WSP-Leitung

unter anderem beschlossen, die Hafensicherheitsbeamten der Dienststellen WSPK 1 (Waltershof), WSPK 2 (Steinwerder) und WSPK 3 (Harburg) zu zentralisieren. Die Mitarbeiter wurden aus ihren bisherigen Dienststellen herausgelöst und als WSP 522 (Gefahrgutüberwachung Hafen) neu organisiert. Mittel-

fristiges Ziel war es, die Kolleginnen und Kollegen, die jetzt innerhalb zweier Wachdienstgruppen Dienst verrichten, auch örtlich an einer Dienststelle unterzubringen. Die Neuorganisation WSP Hamburg ist dann zum 1. Mai 2015 in Kraft getreten. Nachdem die ursprünglich von der WSP-Leitung favorisierte Lö-

sung „Unterbringung am WSPK 1“ zum Glück (!) „beerdigt“ wurde, ist folgende Alternativunterbringung im Gespräch. Die Kolleginnen und Kollegen sollen am WSPK 3 untergebracht werden. Diese Lösung wird zurzeit geprüft und ist noch nicht entschieden. Wir werden weiter berichten! ■



© DPoIG Hamburg



Perspektiven für Angestellte im Polizeidienst

DGOA Lokale Präsenz



© Stefan Diestel (8)

> Los geht's: Beate Petrou mit Kollegen der DGOA/LP vor dem PK 14.

Anfang dieses Jahres haben Behördenleitung und Polizeiführung entschieden, 100 Angestellte im Polizeidienst (AiP) als „Dienstgruppe Operative Aufgaben Lokale Präsenz“ (DGOA/LP) an den Polizeikommissariaten einzusetzen. Damit wurde eine langjährige Forderung der **DPoIG Hamburg** umgesetzt. Am 1. Juli ging die

erste Klasse in die Ausbildung. Mittlerweile wurde auch der zweite Lehrgang erfolgreich beendet und die Kollegen sind an den Verwendungsdienststellen eingetroffen. Dem PK 14 wurden 20 Angestellte, dem PK 21 zehn AiP und dem PK 46 wurden ebenfalls zehn AiP zugeteilt. Alle Kolleginnen und Kollegen haben die Arbeit an



> Benutzt und weg damit? Fundsache StadtRAD.

ihrem jeweiligen Polizeikommissariat mit Engagement und Lust an der Aufgabe aufgenommen. Die PK mit ihren jeweiligen örtlichen Besonder-

gebiet des PK 21 machte der eine oder andere schon erste sehr persönliche Erfahrungen mit den Angestellten im Polizeidienst. So gab es hier auch



> Stefan Diestel mit Kollegen der DGOA/LP vor „ihrem“ PK 21.



> „Guten Tag, bitte Führerschein und Fahrzeugpapiere ...“

heiten freuen sich über die Unterstützung, aber auch die Hamburgerinnen und Hamburger spüren die wachsende Präsenz und nehmen den Personalschutz auf der Straße erfreut zur Kenntnis. Im Revier-

binnen kürzester Zeit zwei Festnahmeerfolge. Zu den weiteren Tätigkeiten gehören die Überprüfung von Parkanlagen, Kontrollen rund um die Endo-Klinik und Maßnahmen zur Bekämpfung von illegaler



Abfallbeseitigung. Im Zuständigkeitsbereich des PK 14 kommt die Präsenzzunahme durch die Angestellten ebenfalls zum Tragen. So werden Infostände kontrolliert, Personalien von Randständigen überprüft sowie das neue Phänomen E-Scooter im Bereich der City in Angriff genommen.

samt sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit ihrem neuen Aufgabenschnitt sehr zufrieden. Sie freuen sich über das selbstständige Arbeiten, die Aufgabenvielfalt und schätzen es sehr, dass jeder Tag etwas Neues bringt. Unser nächster Besuch gilt dann den Kolleginnen und Kollegen des



> Kontrolle eines Infostandes – alles in Ordnung.



> Wegweiser: „Geradeaus, dann rechts und wieder ...“



> Personenkontrolle

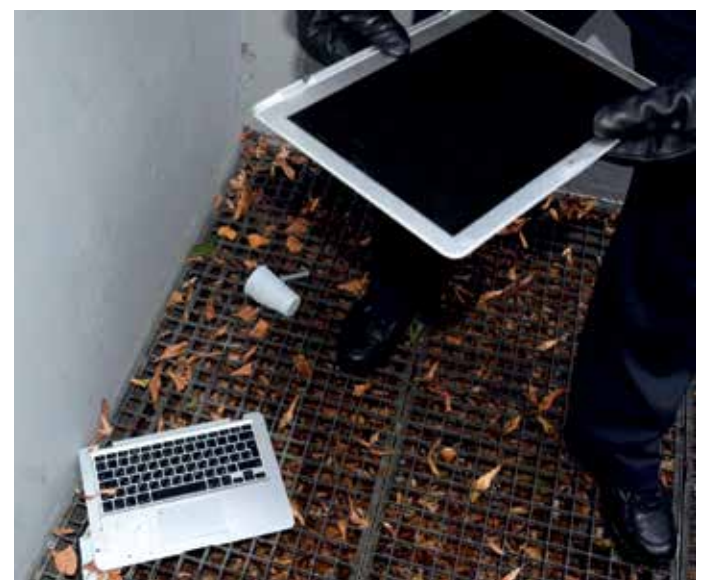
Sie sind aber auch Ansprechpartner für jede Menge Anfragen. Wo geht es zum Rathaus? Wo befinden sich die Straßen X oder Y und vor allem – wie komme ich dort hin? Inge-

PK 46. Aus Sicht des Fachbereiches Verwaltung ist die DGOA Lokale Präsenz ein Schritt in die richtige Richtung, um das Berufsbild Angestellter im Polizeidienst zu erweitern und Per-

spektiven aufzuzeigen. Die **DPoIG Hamburg** freut sich über weitere, zusätzliche Angestellte in EG 8, die den Polizeivollzug spürbar entlasten und unterstützen. Ein paar Punkte gilt es noch zu klären: Zum Beispiel die Dienstzeit, die Ausrüstung und Bekleidung sowie weitere Einsatzmöglichkeiten und Aufgabenerweiterungen. Eine Gemeinschaftsarbeit aus der AG AiP der Polizei und der AG AiP der **DPoIG Hamburg** hat dazu geführt, die Entscheidung der

Politik konsequent und zügig umzusetzen. Es wurden Voraussetzungen geschaffen, um die nächsten Lehrgänge zu starten. So beginnen am 6. Januar und am 20. April des kommenden Jahres zwei weitere Lehrgänge mit jeweils 20 AiP für die Polizeikommissariate 23, 31, 42 und 43. Bis Ende des Jahres 2020 sind dann 100 Angestellte für die DGOA lokale Präsenz ausgebildet.

Fachbereich Verwaltung



> Stehlgut oder illegal entsorgter Elektroschrott?



> Jahrestreffen unserer Senioren

Das Jahrestreffen der Seniorinnen und Senioren der **DPoIG Hamburg** findet am 3. Dezember um 15 Uhr in unserer Landesgeschäftsstelle, Holzdamm 18, statt. Wir freuen uns über eine rege Teilnahme und bitten um telefonische Anmeldung bis zum 29. November unter Telefon 254026-0 oder gerne per E-Mail an dpolg@dpolg-hh.de.



© Frank Riebow

> Terminhinweis – Save the date

Personalversammlung 2019

Die diesjährige Personalversammlung der Polizei findet am Donnerstag, dem 28. November 2019, um 10 Uhr (Einlass: 9 Uhr), in der Messe Hamburg, Halle 6 B, statt. Der Präses der Behörde für Inneres und Sport (BIS), Senator Andy Grote (SPD), wurde zur Veranstaltung eingeladen und hat seine Teilnahme zugesagt.



© jokatoons – Fotolia.com

> Ruhestand*

Folgender Kollege ist zum 30. September 2019 in den Ruhestand gegangen:

Schutzpolizei
PHK Torsten Kühl, PK 24

* Ruhestandsdaten werden nur veröffentlicht, wenn eine Einverständniserklärung vorliegt.

ShotSpotter: Audio-Überwachung des öffentlichen Raums

In Deutschland nahezu unbekannt, in den USA bereits großflächig im Einsatz, und neben dem Einsatz von Videotechnik ein zusätzlicher Bestandteil der polizeilichen Sicherheitsarchitektur – ShotSpotter. Was genau sind ShotSpotter und wie funktionieren sie?

ShotSpotter sind akustische Überwachungssysteme, fällt ein Schuss, wird praktisch zeitgleich die Polizei informiert. In immer mehr amerikanischen Städten werden diese ShotSpotter installiert, um Schüsse punktgenau lokalisieren zu können und automatisch die Polizei zu informieren. Sensoren zeichnen das Geräusch auf

und mittels einer Dreiecksvermessung, einem Verfahren, bei dem die Laufzeit und Position der Schallquelle berechnet werden, wird der Schall geortet. In Städten wie Chicago, wo im Durchschnitt fast zwei Menschen am Tag erschossen werden, sind Schussdetektoren ein legitimes Mittel der Kriminalitätsbekämpfung. Beispiel New York: Seit dem Frühjahr 2015 werden ShotSpotter auch in New York eingesetzt. Insgesamt 300 Audio-Sensoren hat die Stadt in kriminalitätsbelasteten Stadtteilen angebracht. Die Sensoren wurden beispielsweise in Lichtmasten oder Ampelanlagen „unsichtbar“ verbaut. Rund 39 Quadratkilo-



© Pixabay

meter New Yorks stehen nun unter akustischer Überwachung – das ist ungefähr die Fläche des Berliner Stadtbezirks Mitte. Seit den frühen 1990er-Jahren wird an Schusserkennungs-Technologien gearbeitet. In vielen amerikani-

schen Städten und Gemeinden sind sie mittlerweile Alltag. Insgesamt rund 800 Quadratkilometer Fläche (entspricht ungefähr der Größe Hamburgs) stehen in den USA unter akustischer Überwachung – Tendenz steigend.

Anzeige

Trauerredner

„Die letzte Rede muss die schönste sein“
Ich beschreibe Ihren liebsten Menschen so, wie Sie ihn erlebt haben.
Peter Schölermann · Tel. 01 76/82 25 95 94